

Zinn, Karl Georg

**Article — Digitized Version**

## Hochkonjunktur bei Unterbeschäftigung? Die analytischen Defizite der jüngsten Aufschwungeuphorie

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Zinn, Karl Georg (1976) : Hochkonjunktur bei Unterbeschäftigung? Die analytischen Defizite der jüngsten Aufschwungeuphorie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 8, pp. 395-403

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134979>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## KONJUNKTURPOLITIK

### Hochkonjunktur bei Unterbeschäftigung?

Die analytischen Defizite der jüngsten Aufschwungeuphorie

Karl Georg Zinn, Aachen

**Von Wirtschaftspolitikern und -wissenschaftlern wird häufig die Auffassung vertreten, daß die jüngste weltweite Wirtschaftskrise – von einigen Sonderfaktoren abgesehen – nicht aus dem Rahmen vergan- gener Rezessionen herausfalle und daher in der bisher üblichen Weise behoben werden könne. Bei einer näheren Analyse erweisen sich jedoch nach Ansicht von Prof. Zinn sowohl die Diagnose als auch die Therapie als nicht richtig.**

In der breiten Öffentlichkeit wird durch die Berichterstattung über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung verstärkt der Eindruck erweckt, der konjunkturelle Aufschwung werde die wesentlichen Wachstumsschwierigkeiten wieder aus der Welt schaffen, so daß man sich über die „Restgrößen“, z. B. den absehbaren Arbeitslosensockel, keine übermäßigen Sorgen zu machen brauche. Diese Sichtweise ist keineswegs auf die vom angebrochenen Wahlkampf bestimmte Landschaft der Bundesrepublik beschränkt, sondern entspricht mit gewissen Modifikationen auch der Atmosphäre in anderen westlichen Industrieländern. Es erscheint somit notwendig, die längerfristigen Probleme der ökonomischen und damit auch der gesellschaftlichen Entwicklung stärker hervorzuheben. Vor dem Hintergrund solch einer längerfristigen Betrachtung gewinnt dann auch die Frage nach grundlegenden Reformen im wirtschaftspolitischen Bereich mehr Gewicht, als wenn man sie nur unter dem Aspekt der Verbesserung der konjunkturpolitischen Steuerungskapazität stellt.

Bei der Analyse der jüngsten Krise in den westlichen Ländern stellt sich das besondere Problem, daß nicht deutlich zwischen der konjunkturellen und einer strukturellen Komponente unterschieden werden kann, obgleich in etlichen Krisenanalysen darauf hingewiesen wurde, daß es sich nicht lediglich um einen konjunkturellen Einbruch handelt.

---

*Prof. Dr. Karl Georg Zinn, 36, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Seine Hauptarbeitsgebiete sind neben der allgemeinen Wirtschaftspolitik Planwirtschaftsfragen, Systemvergleiche und Wohlstandsökonomie.*

Die tagespolitische Behandlung der Krise kann allerdings den Eindruck vermitteln, es liege eine zwar schwere, aber doch nicht den Rahmen konjunktureller Zyklen übersteigende Rezession vor. Entsprechend kurzsichtig sind dann die wirtschaftspolitischen Perspektiven, die auf dem seit Herbst 1975 verlaufenden Aufschwung basierend zu der Meinung verführen, dieser Aufschwung münde wieder in einen Wachstumspfad bei Vollbeschäftigung. In einer jüngeren Veröffentlichung des Münchener Ifo-Instituts<sup>1)</sup> wird ebenfalls kritisch auf die in der Öffentlichkeit anzutreffende Ansicht hingewiesen, daß es sich bei der weltweiten Rezession „noch immer nur um konjunkturzyklische Erscheinungen zeitweilig schwindender ‚Investitionslust‘ handelt – also nicht um die jeweiligen Vorankündigungen einer säkularen Stagnation eines säkularen Trends zu chronischen Investitions-Defiziten bzw. Überschüssen des Sparens über das Investieren“.

Diese optimistische Variante der Kriseninterpretation, die auf Strukturfragen nicht weiter Rücksicht zu nehmen trachtet, scheint durch das sich abzeichnende reale Wachstum bestätigt zu werden. Soweit die Frage nach den Ursachen für das ungewöhnliche Ausmaß und Dauer der jüngsten Krise auftaucht, stehen einige Erklärungsmuster bereit, die ebenfalls die These zu bestätigen scheinen, daß es sich um eine übliche konjunkturelle Rezession handelt, die lediglich durch einige Sonderfaktoren überlagert wurde. Sonderfaktoren, die jedoch über marktwirtschaftliche Regelungsmechanismen letztlich in ihren Wirkungen absorbiert würden. Im einzelnen sind hier zu nennen

die Vermehrung der internationalen Liquidität durch die Zahlungsbilanzdefizite der USA und die

<sup>1)</sup> F. J. Clauß: Sparen, Investieren und öffentliche Defizite in der jüngsten Rezession in den USA, in: Ifo-Schnelldienst vom 14. 5. 1976, 29. Jg., Nr. 14, S. 13.

im Zuge der daran anschließenden Inflationsbekämpfung – sowohl nach monetaristischer als auch nach fiskalistischer Interpretation – zu erwartenden Beschäftigungseinbußen;

□ die verzögerte Anpassung der Wechselkursrelationen, was speziell im Fall der Bundesrepublik erst zu einer übermäßigen Exportorientierung der Industrie führte, die dann nach der relativ raschen Aufwertung des DM-Außenwertes zu außenwirtschaftlich bedingten Beschäftigungskontraktionen führen mußte;

□ die Umverteilungswirkung der Ölpreissteigerung sowie der bei der Konsum- und Investitionsgüternachfrage psychologisch wirksame Schockeffekt (rezessionsbedingter Anstieg der Ersparnis und Abfall der Investition).

### Unzureichende Erklärungen

Andere Erklärungsansätze, die üblicherweise bei der Diskussion über Ursachen der gesamtwirtschaftlichen Instabilitäten auftreten, wie monopoltheoretische Theoreme, Verteilungskampfhypothesen und der Hinweis auf die prozyklischen Wirkungen interventionistischer Maßnahmen versprechen m. E. keine Erkenntnisse bei der Erklärung des Ausmaßes der Krise, sondern beschränken sich eben nur auf die Konstatierung destabilisierender Wirkungen schlechthin. Aus diesen zuletzt genannten Erklärungsmustern ließe sich nur dann eine auf die jüngste Krise zugespitzte Analyse entwickeln, wenn man unterstellt, daß die destabilisierenden Wirkungen – sofern sie überhaupt von jenen Faktoren ausgehen – quasi kumulativ wirken. Danach müßte also beispielsweise der Verteilungskampf schärfer geworden sein und – etwa gemessen an der rechnerischen Lohnquote – der Umverteilungsprozeß zugunsten der Arbeitseinkommen eine dauerhafte und entsprechend starke Verminderung der Investitionsbereitschaft nach sich gezogen haben. Die empirischen Daten lassen sich jedoch m. E. hierfür nicht als Beleg heranziehen.

Die These, daß es sich bei der Krise um ein Zusammentreffen eines „normalen“ konjunkturellen Abschwungs und tieferliegender struktureller Diskrepanzen handelt, soll im folgenden begründet werden.

Die Investitionsbereitschaft weist eine bereits seit längerer Zeit andauernde Abnahme auf. In Ländern wie Großbritannien und Italien ließe sich diese Tendenz noch mit Sonderfaktoren erklären. Demgegenüber muß solch eine Tendenz in einem Land wie der Bundesrepublik mit vergleichsweise günstigen Investitionsbedingungen als Ausdruck tieferliegender Wachstumshemmnisse angesehen werden. In einer vor kurzem vorgelegten Untersuchung hat Glastetter<sup>2)</sup> darauf hingewiesen, daß

die durchschnittlichen Wachstumsraten der Gesamtinvestitionen in der Bundesrepublik (in vergleichbaren Preisen von 1962) ständig abgenommen haben, und zwar

	1950/54	1955/59	1960/64	1965/69	1970/74
Wachstumsrate der Gesamtinvestitionen im Vorjahresvergleich	9,2	7,1	6,3	3,0	0,2

Diese abnehmenden Wachstumsraten der Gesamtinvestitionen sind seit 1960 von einem Anstieg des industriellen Kapitalkoeffizienten und einer entsprechenden Verminderung des Wachstums des Produktionspotentials begleitet. Nach einer Untersuchung des Berliner Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung<sup>3)</sup> betrug der industrielle Kapitalkoeffizient 1960 1,2, im Jahre 1970 1,36 und 1975 1,43. Das DIW bemerkt hierzu, daß „ein derartig reduziertes Potentialwachstum“ ... auf längere Sicht nicht nur die Angebotselastizität verengt, sondern auch die Chancen vermindert, einen strukturellen Wandel herbeizuführen, der sich während der Krise als ökonomisch erforderlich herausgestellt hat.

Die Abnahme des Investitionsanstieges und die Reduktion des Kapazitätsausbaus sind weiterhin mit einer Zunahme des Rationalisierungsanteils an den Investitionen verbunden. Bereits aus diesen globalen langfristigen Tendenzen lassen sich zwei wesentliche Schlußfolgerungen herleiten:

Erstens muß sich das reale Wachstum vermindern<sup>4)</sup> und wird sich weiterhin reduzieren, weil von der Angebotsseite her nur enge Spielräume bestehen. Bereits in und nach der Rezession 1967 wies u. a. der Sachverständigenrat darauf hin, daß rezessionsbedingte Investitionsverluste von der Angebotsseite her den künftigen Wachstumsspielraum begrenzen und einen Aufschwung relativ rasch in eine inflationäre Überauslastung der Kapazitäten münden lassen. Zweitens bedeuten vermindertes Investitionswachstum und ansteigender Rationalisierungsanteil, daß die Möglichkeiten einer Beschäftigungsausweitung im sekundären – sowie auch primären – Sektor schlechter werden, ohne daß eine entsprechende Ausdehnung des tertiären Bereichs sichergestellt ist.

### Wachstumsverminderung der Endnachfrage

Der verminderte Kapazitätsaufbau läßt sich als Symptom längerfristig wirksamer Wachstumshemmnisse interpretieren. Ein wesentlicher Faktor

<sup>2)</sup> Werner Glastetter: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1950 bis 1975. Ein empirischer Befund, in: IGM, Materialien zur Tagung Krise und Reform in der Industriegesellschaft, Frankfurt/M. 1976, S. 59.

<sup>3)</sup> Egon R. Baumgart: Zur Entwicklung des Produktionspotentials der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW Wochenbericht 18/76 vom 6. 5. 1976, S. 171.

<sup>4)</sup> Durchschnittliche Wachstumsraten des BSP in Preisen von 1962 1950/54 8,7, 1955/59 6,7, 1960/64 5,3, 1965/69 4,2 und 1970/74 3,6. Vgl. Werner Glastetter, a. a. O., S. 59.

in dieser längerfristig wirksamen Retardierung ist das verminderte Wachstum der Endnachfrage. Wenn die Endnachfrage langfristig langsamer wächst, als dies nach Maßgabe der Steigerungen des Masseneinkommens möglich wäre, so läßt sich auch verstehen, daß die konjunkturellen Nachfragesteigerungen, die bei einem insgesamt reduzierten Kapazitätsaufbau rascher in inflationäre Produktionsengpässe führen, kein für die Investoren hinreichendes Stimulans darstellen, um eine massive Kapazitätserweiterung vorzunehmen.

Die Rückwirkung einer hinter dem Anstieg der Masseneinkommen zurückbleibenden Endnachfrage führt über gesamtwirtschaftliche Wachstumsreduktionen natürlich auch zu einem verminderten Anstieg dieser Masseneinkommen. Im Hinblick auf mögliche Fehlinterpretationen der Wirkung eines konjunkturellen Nachfragebooms ist jedenfalls festzuhalten, daß die konjunkturelle (Wieder-)Auslastung von Kapazitäten wegen der langfristigen Unsicherheit über eine Zunahme der Absatzmöglichkeiten nur dazu genutzt wird, Inflationsgewinne zu machen und eventuell vorhandene Verlustvorträge abzudecken, jedoch keine Umkehr im langfristigen Trend der Investitionszurückhaltung bringen wird. Die langfristige Erfahrung der Investoren

mit einer nur mäßigen Kapazitätsauslastung macht sie (auch) gegenüber einer konjunkturellen Übernachfrage mißtrauisch, und zwar zu Recht, wie folgende Daten belegen.

Betrachtet man beispielsweise die Kapazitätsauslastung der Industrie in den USA, so lag diese selbst in Hochkonjunkturphasen (1955, 1966) nicht über 92 %, im Durchschnitt jedoch bei 80,1 mit Tiefständen bei 67 % (II/1975)<sup>5)</sup>. Die Bundesrepublik bietet ein günstigeres Bild: Seit 1960 betrug die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Gesamtindustrie 89,9 %<sup>6)</sup>, was vor allem durch die permanenten Exportüberschüsse bewirkt sein dürfte. Es zeigten sich jedoch in einzelnen (vor allem konsumfernen) Produktionsstufen erhebliche Kapazitätsunterauslastungen (Eisen und Stahl, Aluminium). Vor diesem Hintergrund lassen sich jene Branchen, die wie z. B. die Zementindustrie<sup>7)</sup> heute über extreme Überkapazitäten klagen und

<sup>5)</sup> Vgl. F. J. Clauß, a. a. O., S. 9.

<sup>6)</sup> Vgl. Egon R. Baumgart, a. a. O., S. 172.

<sup>7)</sup> Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie werden von der heute vorhandenen 50 Mill. Jahrestonnen-Kapazität mittelfristig im Durchschnitt nur 30 Mill. Jahrestonnen benötigt. Der voraussichtliche Kapazitätsabbau unter Berücksichtigung einer konjunkturellen Kapazitätsreserve wird mit etwa 10 Mill. Jahrestonnen angegeben. Vgl. o. V.: Zementwerke im Strudel der Bauflaute, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 116, vom 20. Mai 1976, S. 30.

9., neubearbeitete und erweiterte Auflage!

**Dr. Gablers**

# Wirtschafts-Lexikon

**Betriebswirtschaft – Volkswirtschaft – Steuern – Wirtschaftsrecht**

Herausgeber: Dr. Dr. h. c. R. Sellien, Dr. H. Sellien

**Auf jede Frage aus dem Wirtschaftsbereich – eine klare Antwort!**

Dieses moderne Standardwerk (erste Auflage 1956) erscheint jetzt in der 9. Auflage – erweitert, neubearbeitet, up to date – und vermittelt jedem, ob Kaufmann, Volks- oder Betriebswirt, Direktor, Abteilungsleiter, Angestellter, Wirtschafts- und Steuerberater, Organisator, Jurist, Journalist oder Student, schnell und umfassend alle Informationen über Begriffe und Gegebenheiten aus dem Wirtschaftsleben, die er für seine Arbeit täglich braucht. Über 100 000 Besitzer des Wirtschafts-Lexikons nehmen diese Vorteile bereits wahr. Auflage 140 000.

18 000 Stichwörter in 2 Bänden von A–K und L–Z, 63 000 Hinweise, 5130 Textspalten (9. Auflage!), von 200 führenden Fachleuten aus Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis bearbeitet.

Preis je Band (Lexikonformat 15,8 × 23,7 cm): Buksyn 112,- DM.

Die Bände können einzeln nicht abgegeben werden.

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.

Bitte fordern Sie unverbindlich den ausführlichen WL-Sonderprospekt an!

**Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler · Taunusstraße 54 · 6200 Wiesbaden**

die einen planmäßigen Kapazitätsabbau ins Auge fassen, nicht als Ausnahmerscheinungen, sondern eher als signalisierende Vorreiter charakterisieren. Die Zurückhaltung der US-Industrie bei Auslandsinvestitionen paßt ebenfalls in das Bild. Weitere Beispiele lassen sich finden. Selbst in der Automobilindustrie, die infolge des rezessionsbedingten Nachfragestaus seit Herbst 1975 einen starken Absatzboom erlebt, weisen nüchterne Betrachter auf den relativ hohen Anteil der Ersatznachfrage hin. Kapazitätserweiterungen, die auf ein weiteres Durchschnittswachstum der Erstanschaffungen von Kraftwagen zielen, sind somit nur im Hinblick auf die – äußerst riskanten – Absatzmöglichkeiten in den weniger motorisierten (Entwicklungs-)Ländern plausibel zu machen.

### Gestiegene Investitionsrisiken

Die Zurückhaltung der Investoren, die das vorhandene investierbare (Spar-)Kapital nicht absorbieren, wurde in der jüngsten Zeit dahingehend interpretiert, daß zwar genügend Kapital vorhanden sei, aber eben zu wenig „Risikokapital“ (Giersch). Abgesehen davon, daß mit dieser Reformulierung des Problems keine Erklärung gegeben wird, läßt sich jedoch der Sachverhalt auch anders ausdrücken: Trotz vorhandenen Kapitals erscheint das Investitionsrisiko zu hoch. Warum sind aber die Risiken – vermeintlich oder tatsächlich – gestiegen? Um diese Frage zu beantworten, muß man die längerfristige Nachfrage- bzw. Absatzentwicklung betrachten, was hier versucht wird.

Wenn aber der Risikoanstieg u. a. durch tendenzielle Nachfrage- und Absatzretardierung bedingt ist, so würde auch eine Steigerung der Unternehmenserträge (Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen) nicht die Risiken vermindern, sondern nur die „Risikoprämie“ erhöhen. Da jedoch eine solche Umverteilung – wie noch weiter ausgeführt wird – die Absatzprobleme verschärfen dürfte, steigt auch das mittelfristige Absatzrisiko: Hohe Erträge bedeuten ceteris paribus geringere Massenkaufkraft und entsprechend geringeres Nachfragepotential im Konsumgüterbereich. Die Erhöhung der Unternehmenserträge wird somit bestenfalls kurzfristig zu einem Investitionsboom führen, verstärkt aber damit die mittelfristige Tendenz, Überkapazitäten aufzubauen. Eine solche Entwicklung wurde von Schui<sup>8)</sup> unter dem Stichwort „Überinvestitionskrise“ für den der Rezession 1967 folgenden Investitionsaufschwung und die 1973/76 verlaufende Krise konstatiert, ohne allerdings die längerfristigen, zyklenübergreifenden Prozesse zu beachten.

<sup>8)</sup> Herbert Schui: Überinvestition – Kern der Konflikte, in: Frankfurter Rundschau vom 6. März 1976. Eine Auseinandersetzung mit Schui ist hier überflüssig; unsere differierenden Auffassungen werden bei einem Vergleich der Analysen ohne Schwierigkeiten deutlich.

Es soll hier nicht übersehen werden, daß für Klein- und Mittelbetriebe, die zum Teil unter einer unzureichend empfundenen Eigenkapitalausstattung leiden, die Ertragsfrage etwas anders zu sehen ist. Jedoch gilt für diesen Unternehmenstyp andererseits, daß in den vergangenen Jahren erhebliche Anteile der Gewinne der privaten Verwendung der Kapitaleigner zugeführt worden sind. Zudem ist die ungünstige Eigenkapitalausstattung bei Klein- und Mittelbetrieben kein Problem der gesamtwirtschaftlich unzureichenden (Spar-)Kapitalbildung oder der funktionalen Verteilungsquoten zwischen Kapital und Arbeit, sondern ist im Zusammenhang mit der dichotomischen Struktur der Volkswirtschaft zu sehen, nämlich der Teilung in einen oligopolistischen Sektor der Großunternehmen und den quasi-polypolistischen Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, die teils als Zulieferanten der „Großen“ Abhängigkeitspositionen einnehmen und/oder deren Konkurrenz ausgesetzt sind, und zwar im Sinne der totalen Konkurrenz um die Nachfrage der Einkommensempfänger. Diese dichotome Struktur hat das Gesetz vom Ausgleich der Profitraten außer Kraft gesetzt (Problem der Stabilisierung der Rentabilitätsprofile), d. h. es findet eine Gewinn- bzw. Mehrwertumverteilung zugunsten der Großunternehmen statt.

Im Hinblick auf die mit dem Ertragsproblem immer wiederkehrende Umverteilungsfrage ist es notwendig, kurz darauf hinzuweisen, daß sich die rechnerische Lohnquote auf die Fünfjahreszeiträume bezogen kaum verändert hat:

1950/54	1955/59	1960/64	1965/69	1970/75
56,5	54,5	54,8	54,5	56,5

### Langfristiger Nettokapitalexport

Somit scheint es nicht evident, daß die nachlassende Investitionstätigkeit durch Umverteilungen zu Lasten der Gewinneinkommen erklärbar ist. Vielmehr zeigt sich seit Beginn der sechziger Jahre, also nach Eintritt in die Vollbeschäftigungsphase, daß das steigende Volumen an investierbarem Kapital – gespeist u. a. aus den Ersparnissen der Haushalte<sup>9)</sup> – im Inland nicht voll investiert worden ist. Dies korrespondiert u. a. auch mit dem langfristigen Nettokapitalexport der Bundesrepublik, der von 1960 bis 1975 28,3 Mrd. DM betrug, jeweils mit den Spitzenwerten 1968 und 1969 sowie in den beiden vergangenen Jahren 1974 und 1975. Der kumulierte Saldo der Grundbilanz für die Zeitspanne von 1960 bis 1975 beträgt 63,9 Mrd. DM, was der Tatsache entspricht, daß die Absorption der Bundesrepublik ständig hinter dem Volkseinkommen zurückblieb. Die inländischen Gesamtinvestitionen hätten somit ohne zusätzliche Ver-

<sup>9)</sup> Die Bundesrepublik weist im internationalen Vergleich eine relativ niedrige Konsumquote auf (1974: 53,5%). Vgl. OECD-Observator, Nr. 80, März/April 1976, S. 19 ff., sowie unten Fußnote 10.

schuldung gegenüber dem Ausland entsprechend höher liegen können.

In diesem Zusammenhang wird gelegentlich damit argumentiert, daß eine entwickelte Volkswirtschaft „natürlich“ ein Nettokapitalexporteur sein müsse. Abgesehen von der problematischen historischen Begründung dieser These, die auf die Situation vor dem Ersten Weltkrieg zurückgreift, kann dies nur im Verhältnis Industrie- und Entwicklungsländer gelten. Zwei Drittel der Direktinvestitionen der Industrieländer gehen jedoch wiederum in Industrieländer, so daß sich solche Ströme kompensieren müßten, was ja auch dem Konzept der internationalen Arbeitsteilung entspricht.

Berücksichtigt man, daß aus dem permanent positiven Außenbeitrag und der darin zum Ausdruck kommenden expansiv wirkenden Gesamtnachfrage eigentlich starke Investitionsanreize hätten resultieren müssen – etwa im Sinne des durch den Akzelerator beschriebenen Zusammenhangs –, so drängt sich erneut die Frage auf, ob der längerfristig wirksamen Investitionszurückhaltung nicht tieferliegende Ursachen zugrunde liegen. Mit anderen Worten: Trotz der relativ starken Gesamtnachfrage reichte die Investitionsstimulation offensichtlich nicht aus, um eine Investitionstätigkeit zu gewährleisten, die alle investierbaren Mittel hätte absorbieren können.

### Retardierung der Nachfrage

Das Keynes-Hansensche Erklärungsmuster einer säkularen Stagnation scheint hier eine gewisse Erklärungskraft zu besitzen. In der Tat lagen die Wachstumsraten des privaten Verbrauchs nicht nur unter den Wachstumsraten der verfügbaren Haushaltseinkommen, sondern tendenziell vergrößerte sich sogar der Abstand der Wachstumsraten<sup>10)</sup>:

	1950/54	1955/59	1960/64	1965/69	1970/74
verfügbare Haushaltseinkommen	+ 11,9	+ 10,0	+ 8,8	+ 6,8	+ 10,5
privater Verbrauch	+ 8,8	+ 7,1	+ 5,5	+ 4,0	+ 4,0
Differenz	3,1	2,9	3,3	2,8	6,5

Die nachlassende Tendenz der privaten Nachfrage läßt sich durch folgende Faktoren erklären:

Auslaufen des Nachholbedarfs der Nachkriegszeit;

Erreichen einer Sättigungsstufe infolge des kumulativen Wachstums des Konsumvermögens und der mit steigendem Einkommensniveau relativen Zunahme des Freizeitnutzens, woraus eine Nachfrageretardierung bei (zeitaufwendigen) Konsumgütern resultiert;

bei fortlaufender Produktivitätssteigerung durch Rationalisierungsinvestitionen und Prozeßinnovationen (u. a. ablesbar am Anstieg von Kapitalstock,

Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität) besteht kein vergleichbares Innovationsvolumen bei den Konsumgütern; die fehlende Attraktivität der Konsumgüterinnovationen läßt sich auch nicht durch intensive Marketingaktivitäten (Werbung, modische Veralterung und dergleichen) voll kompensieren. Die Werbewirtschaft rechnet sogar mit einer Sättigung des Werbebedarfs im Konsumgüterbereich<sup>11)</sup>.

Nimmt man an, daß die für die Bundesrepublik geschilderte Nachfrageretardierung auch für andere OECD-Länder zutrifft<sup>12)</sup>, so kann es nicht erstaunen, daß nachfragedämpfende Sonderfaktoren wie beispielsweise die Beendigung des Vietnam-Krieges zu übermäßigen Wachstums- und Beschäftigungseinbrüchen führen müßten.

### Psychologische Konsumentenreaktionen

Bekanntlich machen sich auf einem hohen Einkommensniveau, bei dem ein relativ großer Anteil disponiblen Einkommens zur Verfügung steht, psychologische Reaktionen bei den Konsumenten sehr viel stärker bemerkbar als in Situationen, in denen der Großteil der Haushaltseinkommen für den lebensnotwendigen Bedarf verwandt wird. Relativ kleine Krisensignale, wie sie von kontraktiv ansetzender Fiskalpolitik ausgelöst werden, initiieren gegebenenfalls unerwartet starke Reaktionen. Das Emporschnellen der Sparquote in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik belegt dieses Phänomen deutlich. Ähnlich sah die Situation in anderen westlichen Ländern, z. B. in Großbritannien und den USA<sup>13)</sup>, aus. Es ist somit verständlich, daß von verschiedenen Seiten – unter anderem von der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) – darauf hingewiesen wird, daß ein dauerhafter Aufschwung nur durch eine Intensivierung des Verbrauchs gesichert werden könne. Verbrauch umfaßt hier selbstverständlich privaten und öffentlichen Konsum.

Für den privaten Konsum dürften allerdings mittelfristig pessimistische Einschätzungen realistischer sein, denn es gibt keinen Grund für die Annahme, daß sich die langfristige Stagnationstendenz verändert. Weitere Einkommenssteigerungen der

<sup>10)</sup> Vgl. Werner Glastetter, a. a. O., S. 71 und 59.

<sup>11)</sup> Vgl. o. V.: Optimismus in der Werbewirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. Mai 1976.

<sup>12)</sup> Die Konsumquote der Bundesrepublik lag im internationalen Vergleich relativ niedrig, wie folgende Angaben für 1970 verdeutlichen.

	privater Verbrauch	Staatsverbrauch
Bundesrepublik	54,2	15,9
Frankreich	58,8	12,3
Italien	63,9	13,4
Großbritannien	61,6	17,9
Japan	50,3	8,1
USA (1969)	61,2	20,9
Kanada (1968)	60,9	15,3

Quelle: Deutsches Industrieinstitut, Zahlen 1972, Köln 1972, S. 71.

<sup>13)</sup> Vgl. F. J. Claub, a. a. O.

Haushalte allein werden jedenfalls nicht ausreichen, um die Konsumnachfrage dauerhaft ansteigen zu lassen. Vielmehr dürfte nur durch eine strukturelle Umverteilung der Masseneinkommen zugunsten der unteren Einkommensschichten noch so etwas wie Nachholbedarf aktivierbar sein. Welche Hindernisse sich auch nur vorsichtigen Umverteilungen in diese Richtung entgegenstellen, zeigt sich u. a. an den Aversionen gegen eine an Sockelbeträgen orientierte Lohnpolitik.

Vor dem Hintergrund der stagnationstheoretischen Analyse scheint die ölpreisbedingte internationale Umverteilung mittelfristig aus zwei Gründen eher nachfrageexpansiv als rezessiv wirksam zu sein. Erstens führte die Umverteilung bereits zu einer massiven Nachfragesteigerung der ölexportierenden Länder, wobei neben den Investitionsgüterimporten dieser Länder ein erheblicher Konsum- und Rüstungsgüterimport eintrat. Zweitens läßt die Ölpreiserhöhung Substitutionsproduktionen rentabel erscheinen, woraus eine Intensivierung der Investitionsgüternachfrage in den alten Industrieländern resultiert. Kurzfristig wirkt der Ölpreisschock verständlicherweise rezessiv; mittelfristig dürften jedoch die entgegengerichteten Wirkungen auftreten. Ob dann langfristig, nach Ausreifung der Investitionen der ölexportierenden Länder, das gestiegene Angebotspotential am Weltmarkt einer unzureichenden Nachfrage gegenübersteht, ist nicht unwahrscheinlich; um dies nachzuweisen, bedarf es jedoch einer eingehenden Analyse.

### Verteuerung des Wachstums

Wenn bisher die Stagnationsthese im Vordergrund unserer Überlegungen stand, so soll damit nicht einer monokausalen Erklärung der Krisenentwicklung das Wort geredet werden. Es lassen sich noch weitere Faktoren nennen, die ebenfalls säkulare Wirkungen aufweisen:

Zu nennen ist hier zunächst die Verteuerung des technischen Fortschritts. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben erreichen heute 2 bis 4% des BSP der Industrieländer. Im Vergleich zur Vergangenheit sind die daraus resultierenden Wachstumskräfte relativ niedriger. In der Prognosstudie über „Wachstum und Gesellschaftspolitik“<sup>14)</sup> wies Dieter Schröder 1971 darauf hin, daß für die Forschung vermutlich ertragsgesetzliche Entwicklungen gelten. „Dies bedeutet, daß bei konstanter (bzw. mäßig wachsender; d. Verf.) Bevölkerung der Anteil für Ausgaben für Forschung und Entwicklung, der benötigt wird, um stets die gleiche Wachstumsrate zu erzielen, ständig zunimmt“<sup>15)</sup>.

Im Hinblick auf die Beschäftigungssituation ist in diesem Zusammenhang zu beachten, daß die staatlichen und privaten Forschungs- und Entwick-

lungsausgaben – soweit sie nicht lediglich als Anhängsel des Marketing zu verstehen sind – vor allem auf Prozeßinnovationen, also Rationalisierungsmöglichkeiten, gerichtet sind und nur geringe Wirkungen bei den Innovationen bei Produkten des Endverbrauchs bewirken. Abgesehen von Einzelfällen dürfte bei den produktivitätssteigernden bzw. kostensenkenden Rationalisierungen kein wesentlicher Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Rationalisierungsintensität bestehen. In vielen Fällen rentieren sich Rationalisierungen auch bei relativ niedrigen Löhnen, während andererseits hohe Löhne noch keine Garantie für den – langfristig erwünschten – Rationalisierungsprozeß darstellen. Die relativ nachrangige Bedeutung der Lohnkosten für Investitionsplanungen wird auch durch die Tatsache belegt, daß das Arbeitskostenargument bei Direktinvestitionen im Ausland weit hinter anderen Motiven, speziell absatzpolitischen wie Markterweiterungen, Überspringen protektionistischer Handelsgrenzen u. a., rangiert. Andererseits sind abgesehen von den im Zusammenhang mit der Stagnationsthese ausgeführten Überlegungen steigende Masseneinkommen, also relativ hohe Löhne, Voraussetzung für eine die steigende Produktion auffangende Nachfrageentwicklung. Ein typisches Beispiel für Prozeßinnovation und rationalisierungsbedingte Freisetzung ohne Endproduktinnovation ist die Druckindustrie.

Als weiterer Punkt ist die Verteuerung des Wachstums durch Sozialkosten zu nennen. Versuche, die Sozialkosten nach Maßgabe des Verursacherprinzips zu internalisieren, mögen kurzfristig gewisse Wachstumsimpulse beschieren, da die Produktion von „anti-bads“ Investitionen erfordert. Das ist jedoch eine recht unsichere Kalkulation, denn die damit verbundene Verteuerung der Endprodukte könnte insgesamt zu einem Nachfragerückgang führen, was unausgelastete Kapazitäten und eine entsprechend sinkende Investitionsneigung zur Folge hat. Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage der Wohlstandswirkung eines Wachstums bei progressivem Sozialkostenanstieg.

### Oligopolistische Preispolitik

Vor dem Hintergrund dieser wachstumspessimistischen Thesen sei nun kurz die Frage der Inflation beleuchtet. Warum führt der verlangsamte Anstieg des Verbrauchs nicht zu einer Preisniveaustabilität?

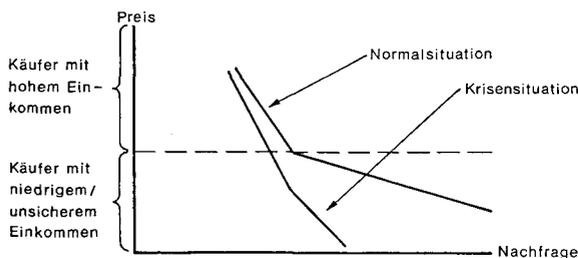
Bei einem hohen Einkommensniveau mit einem relativ hohen Anteil disponiblen Einkommens und

<sup>14)</sup> Dieter Schröder: Wachstum und Gesellschaftspolitik. Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, Prognos Studien Bd. 4, Stuttgart u. a. 1971.

<sup>15)</sup> Ebenda, S. 226.

hoher Sparquote wird ein Großteil der Konsumnachfrage nicht durch Preispolitik angeregt, sondern durch andere absatzpolitische Instrumente wie Produktdifferenzierung, Werbung etc. Es ist somit für gewinnwirtschaftlich arbeitende Unternehmen günstiger, Umsatzsteigerungen durch Preiserhöhungen mit entsprechender Marketing-Flankierung anzustreben, als durch Preissenkungen. Daß mit dieser Politik oligopolistische Marktstrukturen korrespondieren, ist bekannt.

Oligopolistische Märkte und die Dispositionsmöglichkeiten multinationaler Unternehmen begünstigen eine Preispolitik, die in rezessiven Phasen entsprechend dem Vollkostenprinzip mengenbedingte Ertragsrückgänge durch Preiserhöhungen vermindert. Diese Preispolitik wird vor allem dann erfolgreich sein, wenn die Endverbraucher wegen ihrer unterschiedlichen Einkommens- und Arbeitssituation sehr verschieden auf Rezessionen reagieren: Obere Einkommensschichten mit relativ sicherem Einkommen weisen eine weniger rezessionsempfindliche Nachfrage (die Preiselastizität der Nachfrage ist relativ starrer) als die unteren Einkommensschichten auf, die ungleich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. bedroht sind. Dies wird durch das in der Graphik dargestellte Nachfragemodell veranschaulicht.



### Wirkung der Wirtschaftspolitik

Mit der Verminderung des langfristigen Wachstums des Angebotspotentials reduzieren sich die Kapazitätsspielräume zwischen konjunktureller Talsohle und Boom. Eine expansive Konjunktorentwicklung führt, wie schon erwähnt, sehr viel rascher zu Angebotsengpässen – vor allem wenn sich ein rezessionsbedingter Nachfragestau kurzfristig ergibt. Damit erhöhen sich die durchschnittlichen Inflationsraten in den Perioden der Hochkonjunktur, was langfristig einen Anstieg des permanenten Inflationssockels bedeutet. Konjunkturbelebungen führen somit tendenziell schneller zu ausgelasteten Kapazitäten noch ehe das Vollbeschäftigungsniveau erreicht ist, so daß entweder nur eine weitere inflationäre Einkommensentwicklung erfolgt oder ein relativ schnelles Umschlagen in eine neue Abwärtsbewegung. Es liegt somit eine

Situation vor, in der sowohl ein Inflationssockel als auch ein strukturell bedingter Arbeitslosensockel aufgebaut wird. Beide lassen sich nur strukturell beseitigen.

Schließlich ist noch auf die Wirkung der Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Langfristig stellt die Nachfrage des öffentlichen Sektors eine Möglichkeit dar, fehlende private Nachfrage zu kompensieren. Unter langfristigem Aspekt könnte die öffentliche Nachfrage auch entsprechend dem Akzeleratormuster für eine höhere Investition im produktiven (industriellen) Bereich sorgen. Kurzfristig stößt jedoch die expansive, konjunkturorientierte Fiskalpolitik auf ähnliche Schwierigkeiten wie die private Konsumausweitung im Aufschwung und Boom: Noch ehe die Vollbeschäftigungswelle überschritten wird, treten verstärkte Preissteigerungen auf und die Kapazitäten sind ausgelastet. Für die öffentliche Nachfrage stellen sich darüber hinaus die beiden Probleme der Allokationswirkung und der Folgekosten öffentlicher Investitionen.

Die Allokationswirkung bedeutet, daß eine anti-zyklische und das heißt ja stets kurzfristige Fiskalpolitik in ihrer expansiven Wirkung nicht die ganze Breite der Volkswirtschaft erfaßt, sondern auf einen relativ engen Bereich – vor allem die Bauindustrie – beschränkt ist<sup>16)</sup>. Eine Beschäftigungsbelebung greift somit erst über die Anstoßwirkungen auf die anderen Sektoren über. Preissteigerungen in den unmittelbar von der staatlichen Nachfrageexpansion getroffenen Branchen fallen mit noch nicht voll ausgelasteten Kapazitäten in anderen Bereichen zusammen – eine Situation, die manchen als Argument für die These dient, daß die Staatsquotensteigerung Ursache der Stagnation sei.

Das zweite Problem, die Folgekosten der öffentlichen Investitionen, bedeutet, daß zwar nach Keyneschem Muster in der Rezession durch Deficit-spending ein massiver Anstieg der staatlichen Investitionen finanzierbar ist und mehr oder weniger auch den gewünschten Einkommenseffekt auslöst, aber der Kapazitätseffekt kann nicht wirksam werden: Mehr Krankenhäuser, mehr Schulen, mehr Straßen etc. mögen über öffentliche Kreditaufnahmen in der Rezession zwar finanzierbar sein, aber die laufenden Unterhaltskosten lassen sich bei stabiler Staatsquote nicht aufbringen. Nur eine dauerhafte Erhöhung der Staatsquote könnte dieses Problem lösen und auch zu einer auf den Staatsverbrauch orientierten Investitionsstruktur

<sup>16)</sup> Der Erfolg der schwedischen Beschäftigungspolitik während der vergangenen beiden Jahre beruhte vor allem auf der Berücksichtigung des Allokationsproblems. Die finanziell begünstigte Produktion auf Lager verteilte die antizyklischen Wirkungen der staatlichen Beschäftigungspolitik auf alle Branchen. Analog wirkte sich die Freigabe der Investitionsfonds aus.

führen. Eine dauerhafte Erhöhung der Staatsquote ist somit eine Möglichkeit, neue Investitionsanreize zu schaffen.

Die vorstehenden Überlegungen münden in folgende Thesen:

Der Marktprozeß und die auf privater Verfügung über Produktionsmittel fundierte Investitionstätigkeit sichern kein Vollbeschäftigungswachstum (mehr).

Unter Beibehaltung der heute geltenden ordnungspolitischen Bedingungen bewegen sich die künftigen Konjunkturzyklen auf einem Inflations- und Arbeitslosensockel.

Die antizyklische Fiskalpolitik vermag wie in der Vergangenheit konjunkturelle Beschäftigungseinbrüche zu mildern, aber diese Minderung der Zyklenausschläge tangiert eben nicht die strukturell bedingten Inflations- und Arbeitslosensockel.

Um Habermas' Formulierung zu benutzen: Die Tendenz zu einem dauerhaften Unterbeschäftigungszustand bei andauernder säkularer Inflation verschärft die Legitimationsprobleme der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, so daß bei Verzicht auf sukzessive Strukturformen explosive Umbrüche wahrscheinlicher werden.

#### Europäische strukturpolitische Neuorientierung

Abschließend seien einige Gesichtspunkte zur künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Westeuropa herausgestellt, die als Richtungsweiser für die weitere Diskussion gedacht sind.

Die starke Verflechtung der westlichen Industrieländer legt es nahe, eine strukturpolitische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik auf internationaler Ebene in Gang zu setzen. Ein solches Konzept kann sich auf umfangreiche Vorarbeiten stützen, die in die Anfangsjahre der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zurückreichen. Die EG-Kommission hatte in dem „Aktionsprogramm für die zweite Stufe“ am 24. Oktober 1962 Vorschläge für eine integrierte Entwicklungs- und Strukturpolitik unterbreitet<sup>17)</sup>. Bekanntlich ist diese Initiative am Widerstand der damaligen Bundesregierung gescheitert, die das Vorhaben der Kommission mit dem Etikett „zentralverwaltungswirtschaftlich“ abqualifizierte.

Das Dokument der EG-Kommission kann hier nicht referiert werden, sondern es sollen anhand einiger Zitate die Zielvorstellungen und die instrumentellen Ansätze in Erinnerung gerufen werden. In Ziff. 96 umschrieb die Kommission ihr Vorhaben wie folgt: „Nach Auffassung der Kommission muß die Gemeinschaft über ihre künftige Entwicklung eine mehrere Jahre umfassende Übersicht haben. Diese Vorausschau wäre keinesfalls gleichbedeutend mit

einem autoritären Plan, der die Freiheit des Marktes beeinträchtigen und den Privatunternehmen vorgeschrieben würde, sondern vergleichbar mit einem Rahmen, in den sich die Maßnahmen der Regierungen und Institutionen der Gemeinschaft einfügen würden.“

In weiser Voraussicht wurde darauf hingewiesen, daß Struktur- und Regionalpolitik „wegen der unvermeidlichen Langsamkeit, mit der sich strukturelle Wandlungen einstellen, nur mit Hilfe einer langfristigen Vorausschau durchgeführt werden“ können. Marjolin führte zu den Kommissionsvorschlägen erläuternd aus, daß eine „vernünftige Konjunkturpolitik ohne langfristige Betrachtungen“ nicht möglich ist, weil zwar „Investitionen . . . kurzfristig aus Preisniveaugründen gebremst werden (können), langfristig folgt daraus (aber) Wachstumsverlust“<sup>18)</sup>.

#### Notwendige Gesamtprogrammierung

Viele Argumente, die in der jüngsten Debatte um die Investitionslenkung vorgetragen wurden, finden sich in anderer Formulierung bereits in der damaligen Diskussion über eine mittelfristige Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Vor allem wurde deutlich, daß mit partikularen, auf einzelne Bereiche abgestellten Maßnahmen (Marjolin: „Sektorprogrammierungen“) das angestrebte Stabilisierungsziel nicht erreicht werden kann: „Man benötigt eine Gesamtprogrammierung, oder besser gesagt, eine systematische Überlegung und ein Bemühen um eine Vorausschau des Gesamten. Andernfalls werden wir, wie im Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft, von einer Schwierigkeit in die andere gedrängt. Die Opfer ungenügender Bemühungen um Vorausschau werden wie immer die ‚kleinen Leute‘ sein“<sup>19)</sup>.

Die noch sehr vorsichtige Warnung der Kommission über die negativen Auswirkungen einer ohne flankierende regional- und strukturpolitische Maßnahmen rein nach Marktmechanismen verlaufenden „Integration“ ist heute ihres sibyllinischen Schleiers entkleidet: „Die großen Unterschiede in den Lebensbedingungen und im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der europäischen Regionen werden im Rahmen einer liberalen Wirtschaftspolitik und mit Hilfe eines unverfälschten Wettbewerbs nicht ohne weiteres ausgeglichen werden können. Aufgrund der historisch gewachsenen Unterschiede bestehen für die einzelnen Regionen nicht die gleichen Startbedingungen, so daß bei Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes zu-

<sup>17)</sup> Abgedruckt in Handbuch für Europäische Wirtschaft, Bd. 2, IA 40/1, S. 1 ff.

<sup>18)</sup> Robert Marjolin: Langfristige Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftsgemeinschaft, in: Programmierung im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1963, S. 52 f.

<sup>19)</sup> Ebenda, S. 58.

nächst eine Verstärkung der bestehenden Unterschiede befürchtet werden muß<sup>20)</sup>.

Die Möglichkeit, auf europäischer Ebene zu einer mittelfristig orientierten Regional- und Strukturpolitik zu gelangen, dürfte heute – wie 1962 – vor allem von der Haltung der Bundesrepublik abhängen. Insofern erhält die Erörterung strukturpolitischer Reformen in der Bundesrepublik gesamt-europäische Bedeutung. Die Bereitschaft, mehr gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung und eine an solchen Projektionen orientierte Industrie- und Investitionspolitik zu betreiben, ist in allen Nachbarländern größer als in der Bundesrepublik. Symptomatisch hierfür erscheint jener Passus in einem Bericht der Parlamentsfraktion der Niederländischen Sozialdemokraten zur Europapolitik, in dem darauf hingewiesen wird, daß ein europäisches Instrumentarium not tut, mit dem „auf effektive Weise“ auch die privaten Investitionen beeinflusst werden können<sup>21)</sup>. Auf nationaler Ebene gehen die Planungsvorstellungen in der Regel noch weiter. So forderte die britische Labour Party auf ihrer Jahreskonferenz 1975 in Blackpool<sup>22)</sup> ein umfassendes Planungsprogramm, das über die durch das „National Enterprise Board“ bestehenden Ansätze hinausgeht. Für die Sanierung der italienischen Wirtschaft dürfte ein klassisch-marktwirtschaftliches Programm ohnehin irrelevant sein.

Planungsforderungen sind auf Änderung der wirtschaftspolitischen Instrumente gerichtet und zielen auf verbesserte Möglichkeiten der ex-ante-Koordination von öffentlichen und privaten Investitionen ab. Damit ist aber noch nicht viel zu der Frage gesagt, in welche Richtung die Entwicklung verlaufen soll. Wohin die Investitionen lenken, wenn mittelfristig – also abgesehen von konjunkturellen Boomphasen – eine nachlassende Investitionsbereitschaft wegen sinkender Wachstumsraten beim Verbrauch festzustellen ist?

### Vollbeschäftigung durch massive Umverteilung

Im wesentlichen dürften folgende Möglichkeiten bestehen:

Beseitigung der Versorgungslücken bei den unteren Einkommensschichten. Dies setzt eine Umverteilung durch eine entsprechende staatliche und/oder gewerkschaftliche Politik voraus. Umverteilung kann dabei nicht bloße Anhebung der rechnerischen Lohnquote heißen, vielmehr geht es um strukturelle Umverteilungen innerhalb der Gruppen der Arbeitseinkommensempfänger und der Selbständigen.

<sup>20)</sup> Aktionsprogramm für die zweite Stufe, Ziff. 121, a. a. O.

<sup>21)</sup> Vgl. o. V.: Für eine Investitionssteuerung in Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. März 1976.

<sup>22)</sup> Vgl. Labour and Industry: The next Steps. A statement by the NEC presented to the Labour Party Annual Conference, Blackpool 1975.

Ausweitung der Entwicklungshilfe, was praktisch bedeutet, daß über langfristige Kredite, deren Rückzahlung unsicher ist und in keinem Fall ohne inflationsbedingte Realwertverluste erfolgt, eine Umverteilungspolitik zugunsten der Dritten Welt betrieben wird.

Erhöhung der Staatsquote und der Steuerlastquote, um den quartären Sektor ausweiten zu können und damit eine strukturelle Verschiebung der Beschäftigung in jenem Teil des Dienstleistungsbereichs zu fördern, der nicht von der unsicheren Marktnachfrage abhängt. Damit wird gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Konsumquote so angehoben, daß Ersparnis und geplante Investition in Einklang gebracht werden: Die höhere Konsumquote (mehr Dienstleistungen) reduziert den investierbaren Einkommensteil und stimuliert zugleich über bessere mittelfristige Absatzmöglichkeiten die Investitionstätigkeit. Ein erwünschter Nebeneffekt könnte die Beschränkung der Werbung und ähnlicher Ausgaben auf die notwendigen Informations- und Serviceleistungen sein, da die „autonome“ Nachfrage dann für einen kapazitätsauslastenden Absatz ausreichen könnte.

Neben den vorgenannten Maßnahmen wäre schließlich die sukzessive Arbeitszeitreduktion ins Auge zu fassen, wobei unter dem Aspekt der wohlstandsgünstigsten Form der Freizeitverlängerung die Einführung eines zweiten Jahresurlaubs als mittelfristiges Ziel wohl am sinnvollsten erscheint.

Die vorstehend skizzierten Ansätze lassen sich auf die Kurzformel „Vollbeschäftigung bei mäßigem Wachstum durch massive Umverteilung“ bringen, und zwar Umverteilung innerhalb der privaten Einkommen und Umverteilung vom privaten in den öffentlichen Sektor. Solche Umverteilungen müssen nicht zwangsläufig eine Verringerung der absoluten Besitzstände bringen, sondern mögen sich darauf beschränken, künftiges (vermindertes) Wachstum überwiegend den unteren und mittleren Einkommensschichten und dem öffentlichen Sektor zukommen zu lassen. Die Alternative scheint demgegenüber für alle schlechtere Auswirkungen mit sich zu bringen: Da unter den Bedingungen einer gewinnorientierten Investitionstätigkeit und privater Verfügungsmacht über Produktionsmittel eine „Vollbeschäftigungsstagnation“ ein Unding ist, ohne wirtschaftspolitische Reformen der geschil-derten Art aber auch keine dauerhaften Wachstumsraten zu erreichen sein werden, liegt die Alternative in den schon von Keynes befürchteten „semi-slumps“ als Dauerzustand. Wenn eine etwas plakative Formulierung erlaubt ist, so sei den Kritikern des „Wohlfahrtsstaates“ und der angeblich überhöhten Staatsquote entgegengehalten: Lieber eine Staatsquote von 50 % bei einem Bruttosozialprodukt von 1000 Milliarden, als eine von 40 % bei eines BSP von 800 Milliarden!